



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLENS BANKENSEKTOR UND DIE INTERNATIONALE FINANZMARKTKRISE

- ANALYSE
Polens Banken bislang relativ stabil 2
Reinhold Vetter, Warschau

- DOKUMENTATION
Rede des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk
im Sejm zur Finanzmarktkrise 8
Interview mit Staatspräsident Lech Kaczyński
über aktuelle Fragen der Finanzpolitik 9
Presseerklärung des Finanzministeriums zum Treffen
von Finanzminister Jacek Rostowski mit dem Chef der Präsidialkanzlei 12

- CHRONIK
Vom 17. Februar bis zum 02. März 2009 14

Die Herausgeber danken dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für seine Unterstützung.

Analyse

Polens Banken bislang relativ stabil

Reinhold Vetter, Warschau

Zusammenfassung

Glaubt man den öffentlichen Äußerungen von Finanzminister Jacek Rostowski (Jan Vincent-Rostowski), dann ist der Bankensektor in Polen bei weitem nicht so stark von der internationalen Finanzmarktkrise betroffen wie in anderen EU-Staaten Ostmittel- und Südosteuropas. Andererseits fordern die Vertreter der großen polnischen Banken massive Hilfen vom Staat. Immerhin sind die Zeiten der zweistelligen Zuwachsraten bei den Gewinnen der Banken erst einmal vorbei. Doch spektakuläre Zusammenbrüche von Instituten zeichnen sich vorerst nicht ab und sind generell wohl kaum zu erwarten. Aber ihre wichtigste Aufgabe, nämlich die Wirtschaft und die privaten Verbraucher mit Finanzmitteln zu versorgen, erfüllen die Banken gegenwärtig nur sehr unzureichend. Sie halten sich inzwischen bei der Kreditvergabe extrem zurück, nachdem sie ihr Kreditvolumen in der Vergangenheit sehr stark aufgebläht hatten, während parallel dazu die Bedingungen zur internationalen Refinanzierung des Kreditgeschäfts immer schwieriger wurden. Gefahren birgt vor allem die Verschuldung in Fremdwährungskrediten. Doch gemessen an den massiven Hilfsprogrammen im Westen ist die von der Regierung und der Nationalbank dem Bankensektor bislang gewährte Hilfe vergleichsweise bescheiden.

Die goldenen Jahre sind vorerst vorbei

Die große Mehrheit der polnischen Geschäftsbanken hat in den letzten Jahren gute bis sehr gute Erträge erzielt. Die Institute erfüllten den Wunsch der privaten Kunden, Unternehmen und öffentlichen Institutionen, möglichst so umfassend mit Bankprodukten wie Giro- und Sparkonten, Kreditkarten, Kontoführung per Internet, Lebensversicherungen, Hypotheken sowie den verschiedenen Instrumenten zur Unternehmensfinanzierung ausgestattet zu werden, wie dies im Westen bereits der Fall ist. Besonders das Volumen der gewährten Privatkredite schwoll stark an. Die Zahl der ausgegebenen Kreditkarten hat sich seit 2005 mehr als verdoppelt und liegt gegenwärtig bei fast 10 Millionen. Da polnische Produkte gerade auf den westlichen Märkten zunehmend konkurrenzfähig wurden, gewann auch die Exportfinanzierung stark an Bedeutung. Ein wichtiges Geschäftsfeld wurde außerdem die begleitende Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die mit EU-Geldern gefördert werden. Die Eigenkapitalrendite der Banken stieg in den Jahren 1994 – 2006 von knapp 3 % auf 22 %.

Doch diese goldenen Jahre sind vorerst vorbei. Erzielte der polnische Bankensektor in den letzten Jahren prozentual zweistellige Zuwachsraten bei den Nettoerträgen, so dürfte der Gewinn in diesem Jahr allenfalls einige Prozente ausmachen. Eine Reihe von Instituten muss sogar mit herben Verlusten rechnen. Einige Banken wie die ING Bank Śląski, BRE Bank und Kredyt Bank haben schon von Gewinneinbrüchen im vierten Quartal 2008 berichtet, nachdem sie in den Monaten zuvor noch gute Erträge erzielt hatten. Dass der

gesamte Sektor schwierigen Zeiten entgegen geht, zeigt sich schon daran, dass in den Banken an allen Ecken und Ende gespart wird. Man streicht Dividenden für die Anteilseigner und Prämien für die Vorstandsmitglieder, kündigt Lohnstopps für die Beschäftigten und Stellenreduzierungen an, verschiebt die Einrichtung neuer Geschäftsstellen und reduziert die Ausstattung der Mitarbeiter mit firmeneigenen PKW und Mobiltelefonen.

Integration in die globale Finanzwelt – landeseigene Merkmale

Die Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise auf Polen lassen sich nur ergründen, wenn man die Integration des einheimischen Bankensektors in die globale Finanzwelt und die Bedeutung der Banken für die gesamte polnische Volkswirtschaft analysiert.

Wie in anderen postkommunistischen Staaten wurde auch in Polen der Bankensektor im Zuge der Transformation nach 1989 einer weitreichenden Deregulierung und Privatisierung unterzogen und damit auch schrittweise für internationale Kapitalbeteiligungen bzw. Übernahmen geöffnet. Nach Angaben des Polnischen Bankenverbands (Związek Banków Polskich) entfallen inzwischen mehr als 70 % der Aktiva des Bankensektors auf internationale Investoren. 40 der insgesamt 51 Geschäftsbanken des Landes sind mehrheitlich in ausländischem Besitz. Dabei dominieren, mit Ausnahme der amerikanischen Citigroup, europäische Bankkonzerne und Finanzgruppen. Diese Integration hat wesentlich dazu beigetragen, dass die meisten polnischen Banken heute eine Professionalität aufweisen,

die weitgehend westlichen Standards entspricht. Mehr oder weniger bewegen sich Qualität und Vielfalt der von den Banken angebotenen Produkte und Dienstleistungen auf internationalem Niveau.

Die Unterschiede zum Westen zeigen sich dann, wenn man den Stellenwert des Bankensektors für die gesamte Volkswirtschaft untersucht. Ein wichtiger Indikator in diesem Zusammenhang ist der so genannte Intermediationsgrad, also das Verhältnis der Bilanzsumme aller Banken zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Während diese Kennzahl in entwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland 300 und mehr Prozent erreicht, liegt er in Polen noch bei gut 70 %. Weit aus besser stellt sich die Lage dar, wenn es um die Versorgung der Bürger mit Bankdienstleistungen und die Kundennähe der Banken geht. Beides wird beispielsweise durch die Dichte der Geschäftsstellen der Banken gemessen. Während im Jahr 2007 in Deutschland durchschnittlich 25 Geschäftsstellen auf 1 Million Einwohner entfielen, waren es in Polen immerhin 18. Ein dritter Indikator ist das Verhältnis der Kreditsumme zum Bruttoinlandsprodukt. Lag der Anteil der Kredite an Privatkunden und Unternehmen im Verhältnis zum BIP im Jahr 2006 in Deutschland bei über 100 %, so betrug er in Polen 33 %. Anhand dieser Zahlen erklärt sich der gewaltige Nachholbedarf an Krediten in Polen in den letzten Jahren.

Trotz des hohen Anteils ausländischer Kapitalgeber an den polnischen Bankaktiva hat diese Abhängigkeit bislang noch keine direkten Folgen etwa in Form von Insolvenzen oder Verkäufen gehabt. Immerhin spricht man in polnischen Bankkreisen von einem möglichen Verkauf des Mehrheitsanteils der deutschen Commerzbank an der BRE Bank, nachdem das deutsche Institut in Schwierigkeiten geraten ist. Auch der Allied Irish Bank wurde wiederholt nachgesagt, sie wolle ihren 70prozentigen Anteil an der Bank Zachodni WBK verkaufen. Diskutiert wird außerdem über die Bank Pekao, nachdem die italienische UniCredit Group als deren Muttergesellschaft staatliche Hilfe beantragt hat. Es war sicher kein Zufall, dass sich Ministerpräsident Donald Tusk während des Weltwirtschaftsforums in Davos auch mit Alessandro Profumo, dem Präsidenten der UniCredit Group, getroffen hat. Schließlich waren es auch die drastischen Veränderungen bei der amerikanischen Citigroup, die das künftige Schicksal ihrer Tochter Citi-Handlowy ungewiss erscheinen ließen.

Auf jeden Fall geht die extreme Vorsicht, die polnische Banken inzwischen bei der Kreditvergabe an den Tag legen, auch auf entsprechende Ermahnungen ihrer Mutterhäuser zurück. Nicht ausgeschlossen ist außer-

dem, dass westliche Anteilseigner wegen ihrer eigenen Schwierigkeiten Kapital von ihren Tochtergesellschaften abgezogen haben.

Hochrisikopapiere?

Anders als die westlichen Institute haben sich polnische Banken bislang kaum am Geschäft mit jenen komplizierten und äußerst riskanten Finanzmarktprodukten beteiligt, die Investmenthäuser und Kreditinstitute in den USA und in Westeuropa in den Abgrund rissen. Nach Angaben von Finanzminister Jacek Rostowski erreichte der Anteil solcher Produkte an den Aktiva der Banken nie mehr als 1 %. Vielmehr haben sich die polnischen Banken bisher fast ausschließlich auf das eingangs beschriebene klassische Bankgeschäft konzentriert. Ein weiterer Grund für diese Zurückhaltung dürfte darin liegen, dass die ausländischen Konzernzentralen ihre Tochterbanken kaum an diesem, zeitweise ja lukrativen Geschäft beteiligt haben.

Doch Vorsicht ist angesagt. Ryszard Petru von der Warschauer Wirtschaftshochschule Szkoła Główna Handlowa (SGH) und andere Finanzmarktspezialisten haben darauf hingewiesen, dass wohl erst nach und nach das wirkliche Ausmaß der Beteiligung polnischer Banken an hochriskanten Finanzmarktgeschäften bekannt werden dürfte. Immerhin wurde bereits durch Recherchen von Journalisten bekannt, dass die Warschauer Bank Citi-Handlowy, eine Tochter der amerikanischen Citigroup, mehr als 200 Zertifikate der zusammengebrochenen US-Investmentbank Lehman Brothers verkauft hatte. Der Leiter der polnischen Finanzaufsicht (Komisja Nadzoru Finansowego) hat daraufhin eine Untersuchung gegen die Citi-Handlowy eingeleitet.

»Banken in einer schwierigen Phase«

Diese Bewertung war in den letzten Wochen regelmäßiger Bestandteil vieler Interviews und Kommentare in den polnischen Zeitungen. Der Schlüssel zum Verständnis dieser Einschätzung liegt im Charakter der Banken und der Struktur ihrer Bilanzen. Banken sind finanzielle Vermittler des wirtschaftlichen Kreislaufs, die vor allem Geld verleihen – an große und kleine Unternehmen, an Bauherren und Privatkunden. Zusammen mit Wertpapieren bilden Kredite die Aktiva jeder Bankenbilanz. Finanziert werden diese Aktiva sowohl mit Geld, das der jeweiligen Bank gehört, dem Eigenkapital, als auch dem Geld, das andere Banken für sie bereitstellen, dem Fremdkapital. Oft kommt es vor, dass das Fremdkapital das Eigenkapital um ein Vielfaches überschreitet.

Renommiertere polnische Ökonomen wie der frühere Finanzminister Mirosław Gronicki haben zu Recht

darauf hingewiesen, dass das gegenwärtige Problem der Banken hauptsächlich in der Struktur ihrer Bilanzen liegt. Denn seit dem letzten Jahr haben sie den Kreditboom nicht nur mit den Einlagen und ihrem Eigenkapital, sondern zunehmend mit Anleihen bei ausländischen Instituten finanziert. Der Anteil dieser Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland in den Bankbilanzen ist von durchschnittlich 8 % im Jahr 2005 auf 18 % im November 2008 gestiegen. Doch diese internationale Refinanzierungsbasis der polnischen Banken ist im Zuge der globalen Finanzmarktkrise fast zusammengebrochen. Das weltweit grassierende Misstrauen macht es den polnischen Banken zurzeit fast unmöglich, Geld im Ausland aufzunehmen. Selbst die ausländischen Mutterhäuser polnischer Banken haben den Geldhahn zugezogen oder sogar Mittel von ihren Töchtern abgezogen. Auch der einheimische Interbankenmarkt, der den Instituten ebenfalls zur Refinanzierung dient, funktioniert zurzeit mehr schlecht als recht. Das ist der wesentliche Grund, warum die polnischen Banken seit dem Spätherbst letzten Jahres die Kreditvergabe drastisch eingeschränkt haben, wie eine Umfrage der Polnischen Nationalbank unter 30 Instituten des Landes zeigt.

Andererseits sitzen sie auf dem Berg der von ihnen zuvor ausgegebenen Kredite, die sich im Laufe dieses Jahres zunehmend als riskant erweisen könnten, weil Unternehmen und Privatkunden wegen der Wirtschaftskrise, besonders der Probleme in wichtigen Exportbranchen, sowie wegen der wieder ansteigenden Arbeitslosigkeit Schwierigkeiten bei der Rückzahlung ihrer Verbindlichkeiten haben. Das gilt nicht zuletzt für die Kredite in Fremdwährungen, die in Polen etwa 30 % des gesamten Kreditaufkommens ausmachen. In den baltischen Staaten sowie in Ungarn, Rumänien und Bulgarien liegt dieser Anteil bei 60 bis 80 %, weshalb diese Länder besonders von einem finanziellen Zusammenbruch bedroht sind.

Außerdem sind viele Unternehmen von sich aus dazu übergegangen, vorerst keine Kredite mehr aufzunehmen. Sachkundige Beobachter verweisen auch auf die Gefahren, die in der grassierenden Kreditkartenschuldung vieler polnischer Verbraucher liegen. Die Banken leiden außerdem unter dem Wertverlust der von ihnen gehaltenen Aktien und anderer Wertpapiere, der beileibe nicht nur die Hochrisikopapiere erfasst hat. Verluste ergeben sich auch durch die beträchtliche Schwächung des Zloty gegenüber dem Euro. Generell gesehen haben die Verluste polnischer Banken bislang aber nicht jenes Ausmaß erreicht, das für viele Institute im Westen kennzeichnend ist.

Die drastische Einschränkung der Kreditvergabe ging einher mit einer spürbaren Verschärfung der Kreditbedingungen. Die Umfrage der Polnischen Nationalbank zeigt, dass 80 % der Banken des Landes bei der Gewährung von Krediten an Unternehmen inzwischen mehr Sicherheiten als im letzten Jahr verlangen und auch die Zinsen erhöht haben. Für dieses Geschäftsfeld erwarten die Institute im weiteren Verlauf des Jahres 2009 einerseits einen leichten Anstieg der Nachfrage nach kurzfristigen Krediten und andererseits einen weiteren Rückgang bei den längerfristigen Krediten. Sogar 86 % der befragten Banken haben die Bedingungen für Wohnungsbaukredite verschärft und wollen in Zukunft sogar noch restriktiver vorgehen. Fast völlig eingestellt wurde die Vergabe solcher Kredite in Fremdwährungen. Die Institute gehen davon aus, dass die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten weiter nachlassen wird. Hinsichtlich der Verbraucherkredite haben 75 % der Banken härtere Bedingungen formuliert und wollen diese in naher Zukunft sogar noch weiter verschärfen. Andererseits erwarten die Institute, dass die Nachfrage nach solchen Krediten nur in geringem Maße zurückgehen wird.

Auch in Polen leidet die Realwirtschaft unter der Finanzmarktkrise

Aber die globale Finanzmarktkrise hat nicht nur negative Auswirkungen auf die polnischen Banken. Ähnlich wie im Westen beeinflusst sie auch die so genannte Realwirtschaft des Landes, also das wirtschaftliche Wachstum, die Entwicklung einzelner Branchen, den Außenhandel, den Arbeitsmarkt, den Kurs der Währung und die Staatsverschuldung. Geraten wichtige Außenhandelspartner Polens wie etwa Deutschland in eine Rezession, dann dämpft das die Nachfrage nach polnischen Exportgütern und wirkt somit wachstumshemmend. Aufgrund der Rezession im Westen fließen auch weniger ausländische Direktinvestitionen nach Polen, die ebenfalls ein wichtiger Wachstumsfaktor sind. Wachstumshemmend wirkt außerdem die geringe Bereitschaft der polnischen Banken, Kredite für unternehmerische Investitionen zu geben.

Fasst man die wichtigsten in- und ausländischen Prognosen für Polen zusammen, dann wird das reale Bruttoinlandsprodukt nach einem Zuwachs im letzten Jahr um 5 % im laufenden Jahr allenfalls um 1 % zunehmen. Noch Mitte Januar hatte die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk illusionäre 3,5 % prognostiziert. Zum ersten Mal seit acht Jahren sinkt der Export. Die Arbeitslosenquote wird von 9,5 Ende letzten Jahres auf mindestens 12,5 % im Dezember 2009

ansteigen. Andererseits könnte die Inflation im Jahresvergleich von gut 4 % auf knapp 3 % zurückgehen. Der Zloty hat seit Jahresbeginn gegenüber dem Euro mehr als 5 % seines Werts verloren und wird weiter nachlassen. Schwierig sind Prognosen für das Defizit im Staatshaushalt und die allgemeine Staatsverschuldung. Bislang liegen die beiden Kennzahlen unter den Maastrichtgrenzwerten von 3 bzw. 60 % des BIP. Auf jeden Fall fließen durch das nachlassende Wachstum auch weniger Steuergelder in die Staatskasse.

Mit allen diesen Werten steht Polen im Vergleich zum Durchschnitt in der gesamten Europäischen Union der 27 Mitgliedsländer und auch zur Situation in anderen jungen EU-Staaten Ostmittel- und Südosteuropas noch gut da. So prognostizierte die EU-Kommission in ihrer Analyse vom Januar 2009 für das laufende Jahr ein durchschnittliches Absinken des realen BIP in der Gemeinschaft um 1,8 % nach einem Zuwachs von 1,0 % im Jahr 2008. Besonders betroffen unter den jungen EU-Staaten sind Estland mit einem prognostizierten Minus von 15,0 %, Litauen mit minus 9,4 % und Slowenien mit minus 6,2 %. Für Lettland, das wohl den größten Rückschlag erwartet, wurde erst gar keine Prognose abgegeben. Vor allem aber zeigt sich Polen in vergleichsweise guter Verfassung, wenn man die katastrophalen Wachstumsprognosen für einige westliche EU-Staaten mit Minuswerten bis 20 % in Rechnung stellt.

Die unterschiedlichen Prognosen für die jungen EU-Mitglieder Ostmittel- und Südosteuropas ergeben sich aus dem jeweiligen Grad der Exportabhängigkeit ihrer Volkswirtschaften, den unterschiedlichen Defiziten in den Staatsbudgets und Leistungsbilanzen sowie aus der unterschiedlichen Bedeutung des kreditfinanzierten Privatkonsums für ihr bisheriges Wirtschaftswachstum.

Untersucht man die einzelnen Branchen in Polen, dann dürften insbesondere die Automobilindustrie, das Hüttenwesen, die Chemieindustrie und die Energiewirtschaft das Nachlassen des wirtschaftlichen Wachstums zu spüren bekommen. Gerade in diesen Branchen deutet vieles auf Entlassungen hin. Polens ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident, Finanzminister und Nationalbankpräsident Leszek Balcerowicz betonte nicht zu Unrecht, dass die polnische Volkswirtschaft gegenwärtig ihre schwierigste Phase seit der Systemtransformation vor 20 Jahren durchlaufe.

Wie können Zentralbank und Regierung helfen?

So konnte nicht ausbleiben, dass der Ruf nach staatlicher Hilfe von Mal zu Mal lauter wurde. An der Diskussion über die Art und Weise staatlicher Unterstüt-

zung beteiligten sich sowohl Vertreter der Banken und der Unternehmerverbände als auch Repräsentanten der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski) und namhafte Ökonomen des Landes. In der Regel resultierten die Vorschläge aus dem Wissen um die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und waren nicht nur direkt auf die Bedürfnisse der Banken gemünzt. Im Zentrum stand vor allem das Interesse, durch Wiederherstellung der Kreditfähigkeit der Banken die Investitionstätigkeit in der Wirtschaft anzukurbeln und so längerfristig das wirtschaftliche Wachstum abzusichern. Zum Teil richteten sich die Forderungen nicht nur an den polnischen Staat, sondern auch an internationale Finanzinstitutionen wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Europäische Investitionsbank, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds. Vorgeschlagen wurde außerdem, inländische Ersparnisse wie etwa das Kapital der Rentenfonds stärker zu nutzen.

Die Präsidenten großer Banken wie der ehemalige Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki von der Pekao und Jerzy Pruski von der PKO BP bemühten sich um eine Stärkung der Liquidität der Institute durch

- Senkung der Pflichtreserven der Banken bei der Polnischen Nationalbank von gegenwärtig 3,5 % auf 2 %,
- Gewährung staatlicher Bürgschaften besonders für Kredite an Unternehmen,
- vorzeitigen Rückkauf staatlicher Obligationen, die von den Banken erworben worden waren, durch die Nationalbank.

Darüber hinaus plädierten Ökonomen wie Janusz Janowski, Chefvolkswirt des Polnischen Business-Rates (Polska Rada Biznesu) insbesondere für

- das Auflegen staatlicher Investitionsprogramme etwa beim Bau und der Renovierung von Wohnungen,
- direkte Unterstützung der angeschlagenen Automobilindustrie,
- Absprachen mit den Gewerkschaften zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes,
- zusätzliche steuerliche Vergünstigungen für unternehmerische Investitionen.

Angesichts der von allen Seiten bestätigten relativen Stabilität des polnischen Bankensektors wurden bislang keinerlei Forderungen nach Verstaatlichung oder Teilverstaatlichung einzelner Institute erhoben.

Nicht selten mussten sich die Banken aber auch Ermahnungen seitens der Medien, der Politiker, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften anhören. So wurden sie aufgefordert, staatliche Finanzspritzen nicht als Eigenkapital zu horten, sondern direkt als

Kredite an die Unternehmen weiterzugeben. Wiederholt tauchte die Frage auf, ob die Banken nicht selbst durch das starke Entfachen des Kreditbooms und den leichtfertigen Glauben an die immerwährende Refinanzierungsbasis im Ausland erheblich zu ihren Schwierigkeiten beigetragen hätten. Schließlich, so hieß es, sei der allseits zu beobachtende leichtfertige Umgang vieler Bankkunden mit ihren Kreditkarten ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Kundenberatung vieler Banken dringend verbessert werden müsse.

Dosiertes Antikrisenprogramm

Eine ganze Reihe dieser Vorschläge und Anregungen wurde dann von der Polnischen Nationalbank und der Regierung aufgegriffen. So senkte die Nationalbank Ende Januar die Leitzinsen um 75 Basispunkte auf 4,25 %, um Kredite zu verbilligen und damit dem Nachlassen der Konjunktur entgegenzuwirken. Bereits am 23. Dezember letzten Jahres hatte sie die Leitzinsen ebenfalls um 75 Basispunkte verringert. Außerdem kaufte sie zehnjährige Staatsanleihen im Wert von 8,2 Milliarden Zloty vorzeitig von den Banken zurück, um sie auch dadurch mit frischem Kapital für die Kreditvergabe zu versorgen. Allerdings pumpeten die Banken anschließend dieses Geld nicht in das Kreditgeschäft, sondern erwarben damit aus rein kurzfristigen Profitinteressen insbesondere staatliche Obligationen mit kürzerer Laufzeit, was eindeutig den Intentionen der Nationalbank und auch den öffentlich gemachten Anregungen im Sinne der Gesamtwirtschaft widersprach.

Wiederholt schlug der Präsident der Nationalbank, Sławomir Skrzypek, eine Senkung der Pflichtreserven der Banken vor, was aber vom zuständigen Geldpolitischen Rat des Instituts (Rada Polityki Pieniężnej) nicht aufgegriffen wurde. Die Bankaufsicht der Nationalbank (Generalny Inspektorat Nadzoru Bankowego) begann damit, Vorschläge für eine strengere Regulierung und Kontrolle des Bankensektors zu prüfen.

Die Regierung wiederum verabschiedete am 27. Januar ein Antikrisenprogramm, dessen Umriss schon seit Anfang Dezember 2008 vorgelegen hatten. Das Programm umfasst hauptsächlich Kredithilfen und Steuererleichterungen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie eine weitere Liberalisierung des Arbeitsmarktes. So ist vorgesehen, die Energiesteuer für produzierende Betriebe zu reduzieren, Abschreibungen bei Investitionen zu erleichtern und auch die Importzölle zu senken. Eine Änderung des Arbeitsrechts soll Kurzarbeit erleichtern. Durch eine höhere finanzielle Ausstattung der staatseigenen Bank für Binnenwirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego) will man die Vergabe

von Krediten an Unternehmen verstärken. Beschlossen wurde schließlich ein beschleunigtes Verfahren zur Bereitstellung von EU-Fördermitteln.

Parallel dazu wurden nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen Ministerpräsident Donald Tusk und Verteidigungsminister Bogdan Klich, die Ministerien, Woiwodschaftsverwaltungen und einzelne obere staatliche Institutionen verpflichtet, in ihren Budgets insgesamt knapp 20 Milliarden Zloty einzusparen, um so die Steuermindereinnahmen auszugleichen, die wegen des sinkenden Wirtschaftswachstums zu erwarten sind. Besonders betroffen von den Einsparungen sind die Ministerien für Verteidigung, Inneres, Justiz, Bildung und Finanzen sowie die staatliche Versicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych). So wurden beim Verteidigungsministerium die Gelder für Auslandseinsätze des polnischen Militärs gekürzt. Der Plan des Bildungsministeriums, Schulanfänger früher einzuschulen, wurde verschoben. Ministerpräsident Donald Tusk versicherte andererseits, die Sparmaßnahmen sollten auf keinen Fall soziale Folgen wie etwa eine Stagnation der Renten beinhalten. Wichtige Reformprojekte wie etwa der Autobahnbau, so Tusk, sollten durch eine effektivere Nutzung von EU-Geldern auch weiterhin vorangetrieben werden. Der Ministerpräsident kündigte für Mitte 2009 eine Novellierung des Staatshaushalts für das laufende Jahr an.

Schon in den Wochen vor der Verabschiedung des Antikrisenprogramms hatte die Regierung Garantien für Kredite privater Geschäftsbanken an Unternehmen sowie für Refinanzierungskredite auf dem einheimischen Interbankenmarkt beschlossen. Ähnlich wie in anderen EU-Staaten gab die Regierung eine allgemeine Garantie für Bankeinlagen von Privatkunden bis zu einer Höhe von 50 000 Euro ab.

Das Regierungsprogramm wurde von den Unternehmensverbänden, wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und den Parteien der Regierungskoalition *Bürgerplattform* und *Polnische Bauernpartei (Platforma Obywatelska – PO* und *Polnische Stronnictwo Ludowe – PSL)* weitgehend begrüßt, verschiedentlich aber auch mit der Anmerkung versehen, dass es möglicherweise nicht ausreichen werde, sollte sich die Krise weiter vertiefen. Kritik kam vor allem von der nationalkonservativen Oppositionspartei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*, den verschiedenen Linksparteien und den Gewerkschaften. Insbesondere *PiS* forderte höhere Staatsausgaben für Infrastrukturinvestitionen und zusätzliche Sozialprogramme, für die, wie es hieß, auch eine höhere Neuverschuldung des Staats in Kauf genommen werden könne.

Die Debatte über das Regierungsprogramm beinhaltet auch erste Überlegungen zu möglichen politischen Implikationen der Krise. So wiesen Soziologen wie Ireneusz Krzemiński darauf hin, dass die Umfragergebnisse für *PiS* im Laufe des Jahres wieder besser werden könnten, was aber noch nicht bedeute, dass die Partei schon bald wieder über das Potenzial für eine erneute Machtübernahme verfügen werde. Tatsächlich führt die *PO* von Donald Tusk auch weiterhin mit großem Abstand vor *PiS*.

Übernahme des Euro im Jahr 2012?

Trotz möglicher Schwierigkeiten mit dem entsprechenden Maastricht-Kriterium, das eine Obergrenze der jährlichen staatlichen Neuverschuldung von 3 % des BIP vorsieht, war die polnische Regierung Ende Oktober 2008 mit einer bemerkenswerten Initiative an die Öffentlichkeit getreten. Das Kabinett beschloss einen Fahrplan zur Übernahme des Euro am 1. Januar 2012 und bekannte sich damit eindeutig zur Eurozone als Region relativer Währungsstabilität. Insbesondere Finanzminister Jacek Rostowski verband dies mit der Bemerkung, leider sei Polen aufgrund der Versäumnisse der früheren Regierung von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński nicht dem Beispiel der Slowakei gefolgt, die aufgrund ihres Beitritts zur Eurozone am 1. Januar 2009 besser auf die globale Finanzmarktkrise vorbereitet gewesen sei. Der Beschluss des Kabinetts beinhaltet einen detaillierten Fahrplan, der insbesondere vorsieht:

- Erstes Quartal 2009: Vorbereitungen für die notwendige Änderung der polnischen Verfassung,
- Jahresmitte 2009: Eintritt Polens in die Vorbereitungsphase »Wechselkursmechanismus II« (WKM II) und Festlegung des fixen Kurses des Zloty zum Euro,
- Zweite Jahreshälfte 2009: Beschluss der notwendigen Rahmengesetze,
- Mai 2011: Konvergenzbericht der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank,
- 1. Januar 2012: Beitritt, Eurobanknoten und -münzen im Umlauf.

Gerade wegen der globalen Finanzmarktkrise hält die Regierung im Prinzip an diesem Fahrplan fest – sieht man von einigen Nuancen ab. So kündigte der stellvertretende Finanzminister Ludwik Kotecki in der letzten Februarwoche an, man werde schon bald Verhandlungen mit den Instanzen der EU aufnehmen. Bei einem Erfolg dieser Gespräche, so Kotecki, könne Polen schon Ende Mai oder Anfang Juni in die Vorbereitungsphase WKM II eintreten.

Die Regierung drückt aufs Tempo, weil sie den Zloty aus den aktuellen Turbulenzen herausführen will. Immerhin hat die polnische Währung seit Sommer 2008 gegenüber dem Euro etwa 30 % ihres Werts verloren. Erst das erneute Bekenntnis zur Übernahme des Euro konnte den Fall bremsen. Zur Erholung trug auch bei, dass die Polnische Nationalbank einige Milliarden Euro in den polnischen Devisenmarkt pumpte.

Die Regierung begründet ihr Festhalten am Euro-Fahrplan mit dem Argument, der Eintritt in die Vorbereitungsphase mindere das Risiko von Währungsschwankungen und bremse die Verteuerung des polnischen Schuldendienstes gegenüber dem Ausland. Außerdem, so heißt es, werde die spätere Übernahme des Euro das wirtschaftliche Wachstum fördern und die Transaktionskosten in der Außenwirtschaft senken.

Diese Argumente werden auch von Staatspräsident Lech Kaczyński und dem Präsidenten der Polnischen Nationalbank, Sławomir Skrzypek, geteilt. Trotzdem plädierte Kaczyński in einer Rede in Breslau am 24. Februar für eine Verschiebung des Beitritts zur Eurozone auf 2015/16, weil er fürchtet, Polen werde einen Großteil seiner Devisenreserven aufbrauchen, um den Zloty während der Vorbereitungsphase WKM II so eng wie möglich an dem fixierten Kurs zu halten. Außerdem, so der Präsident, werde die Regierung dann kaum noch Spielraum für Antikrisenpolitik etwa durch Erhöhung der Ausgaben für Investitionen haben.

Exakt die gleichen Argumente benutzte sein Bruder Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der *PiS*, in einem Fernsehinterview. Die Polnische Nationalbank wiederum wies in einer längeren Analyse zum Thema Euro darauf hin, dass das sinkende wirtschaftliche Wachstum auch die Steuereinnahmen des Staates mindere. Das aber, so hieß es, berge das Risiko in sich, dass die staatliche Neuverschuldung die für die Übernahme des Euro geltende Maastricht-Grenze von 3 % des BIP überschreite.

Fazit

In dem schwierigen Umfeld der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise haben sich die polnischen Banken bislang relativ gut behaupten können. Allerdings ist es für eine abschließende Bewertung noch viel zu früh. Doch schon jetzt lässt sich sagen, dass der Bankensektor zwei Jahrzehnte nach Beginn der Transformation zu den am besten entwickelten Elementen der polnischen Volkswirtschaft gehört. Auch wenn die Banken des Landes nur relativ gering in das Geschäft mit Hochrisikopapieren verwickelt waren, sollten gerade auch sie die entsprechenden Exzesse im Westen als Warnung auf-

fassen, nicht in die »Wall-Street-Mentalität« zu verfallen, die nicht zuletzt deutsche Bankvorstände erfasst hatte. Außerdem täten sie gut daran, die vom Staat angebotenen und zum Teil schon realisierten Hilfspakete nicht nur als Quelle kurzfristiger Profitmaximierung anzusehen, sondern auch als Chance zu begreifen,

wieder stärker ihre Finanzierungsfunktion zu erfüllen und damit einen Beitrag zur Stabilisierung und weiteren Modernisierung der Wirtschaft zu leisten. Das läge in ihrem eigenen Interesse, bietet der polnische Finanzmarkt doch noch große Chancen für die Entwicklung des Bankengeschäfts.

Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politologe, arbeitet in Warschau als Korrespondent des *Handelsblatt* für Ostmittel- und Südosteuropa. Bis 1994 war er Polen-Korrespondent des ARD-Hörfunks. Seine Beiträge erscheinen auch in *Neue Zürcher Zeitung*, *Osteuropa*, *Südosteuropa* und *Internationale Politik*.

Dokumentation

Rede des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk im Sejm zur Finanzmarktkrise

36. Sitzung des Sejm am 19. Februar 2009

Regierungsinformation über die Pläne und Vorgehensweisen der Regierung zur Absicherung der nationalen Wirtschaft und der polnischen Bürger vor den Folgen der auf dem globalen Finanzmarkt wachsenden Krise

Der Vorsitzende des Ministerrats, Donald Tusk

[..]

Ich spreche darüber auch nicht, um mit dem Finger auf diejenigen zu zeigen, derentwegen Polen nicht in der Eurozone ist, denn das wäre sehr einfach. Ich möchte Sie davon überzeugen, dass Sie, indem Sie das Problem erfassen, der polnischen Regierung in der Schlacht um den Anschluss Polens an dieses Projekt helfen. Das sind einfache Entscheidungen. Es scheint, als seien sie einfach, aber irgendwie erhalte ich für die Entscheidungen nicht die Akzeptanz mancher Oppositionsführer. Erstens müsst Ihr verstehen, dass es nicht der Fall ist, dass die Eurozone von der Anwesenheit Polens träumt und wir in einem nationalen Höhenflug sagen können: Jetzt nicht, aber in 10 oder 15 Jahren... Es ist genau umgekehrt. Das europäische Schiff schaukelt auf den Wellen, aber sie werden die Schwächeren loswerden wollen. Wenn wir über Bord gehen, werden manche vielleicht zufrieden sein, dass wir weiterhin den Zloty haben und dass sich allein schon der Traum vom Beitritt zur Eurozone auf lange Sicht verschoben hat. Allerdings werden das dann armselige und dramatische Bedingungen sein. Denn wenn auf den Finanzmärkten außer amerikanischen Wertpapieren auch europäische Papiere gehandelt werden, glaubt Ihr wirklich, dass wir dann auch unsere nationalen Wertpapiere dort unterbringen werden?

[..]

Ich wende mich an Euch mit der Bitte um absolute und verantwortungsvolle Hilfe. Wer nicht helfen will, weil er entweder nicht dazu in der Lage ist oder es aus irgendwelchen Gründen der Regierung schwer machen will – das verstehe ich, das gibt es, aber der soll auch nicht stören. Ich gebe Ihnen ein beliebiges Beispiel. Alle Polen sind wegen der überspannten Dynamik des Zlotykurses beunruhigt, erwarten verschiedene Aktionen [...]. Jeden Tag höre ich Dutzende unterschiedlicher Ratschläge von Politikern und Experten. Wenn man sie alle zusammennimmt, das können Sie sich denken, dann sind das alle möglichen einander widersprechenden Ratschläge. Dafür gibt es eine Regierung, dafür gibt es eine politische Führung, um eine Entscheidung zu treffen, so Gott will die richtige. Das Problem besteht darin, dass, wenn die polnische Regierung eine bestimmte Entscheidung trifft, deren Ziel die Stabilisierung des Zloty ist, noch bevor die Ergebnisse dieser Entscheidung sichtbar werden der Berater von Staatspräsident Lech Kaczyński

gleich nach der Verkündung dieser Entscheidung sagt [...], dass er weiß, dass dies keinerlei Folgen zeitigen wird – das ist ein Stoß in den Rücken. Er glückte nicht. Wenn wir in die große Schlacht eintreten, um Polen in der Familie zu halten, die Chancen hat, die Krise zu überstehen, müssen wir unbedingt solidarisch handeln, nicht zu meinem eigenen Vorteil, sondern wenn es solche nationalen Werte wie einen stabilen Zlotykurs, wie ein gute Perspektive für Polen gibt, dann können wir nicht in einer Weise auseinanderdriften, die eindeutig ein Störfeld ist. Diese Schlacht ist wie ein Krieg. Der Spaß ist vorbei.

Wir fahren zum informellen Europäischen Rat. Wir fahren nicht deshalb dorthin, damit sich irgendjemand auf irgendjemandes Stuhl setzt, sondern deshalb, um laut darüber zu sprechen, dass vom Nationalismus und Protektionismus abzuraten ist, wenn die Größeren dabei überleben und die Schwächeren nicht. [...]

Zweitens – und darum möchte ich auch herzlich bitten –, wenn wir gemeinsam mit der ganzen Eurozone der Krise wirksam die Stirn bieten sollen, dann bitte ich um eine möglichst rasche Verständigung auf ein reales Datum, wenn es um den Weg Polens in die Eurozone geht. Wir müssen diese Tür heute fast mit Gewalt öffnen, denn auf der anderen Seite wird die Klinke festgehalten, um keinen hereinzulassen. Ich bitte Euch, ein ganz eindeutiges Zeichen zu geben, dass Polen in diesem Projekt einig handelt. Nicht deshalb, um den Traum zu verwirklichen, dass es der 1. Januar 2013 wird, denn heute weiß natürlich niemand, ob das hundertprozentig gelingen wird, sondern deshalb, um fest und solidarisch zu sagen: Wir gehen in diese Richtung, um dann größere Chancen in der Schlacht um die Existenz in dieser Gruppe zu erhalten, wenn der Kampf um die Eurowertpapiere ausgetragen wird. Wenn wir uns auf eigenen Wunsch von der Eurozone abwenden, dann werden wir auf eigenen Wunsch in einem oder zwei Monaten Schwierigkeiten haben, das Defizit zu bezahlen, das manche von uns übrigens auch noch vergrößern wollen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Webseite des Sejm Rzeczypospolitej Polskiej,

[http://orka2.sejm.gov.pl/StenoInter6.nsf/0/B290B235C105302BC1257563000F35E2/\\$file/36_b_ksiazka.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenoInter6.nsf/0/B290B235C105302BC1257563000F35E2/$file/36_b_ksiazka.pdf)

(abgerufen am 27.02.2009)

Interview mit Staatspräsident Lech Kaczyński über aktuelle Fragen der Finanzpolitik

Staatspräsident Lech Kaczyński über die Wirtschaft und mehr
Gazeta Wyborcza vom 24. Februar 2009

[...]

Wird Ihrer Meinung nach die Regierung mit der Krise fertig?

Ich will keine Konfrontation aufbauen, aber bisher reagiert die Regierung dem liberalen Modell entsprechend, das in den 1980er Jahren dominierte. Vielleicht brachte das ja auch Ergebnisse, aber jetzt bricht es ein. Finanzminister Rostowski meint, dass Einsparungen die beste Antwort auf die Krise sind, er will die Nachfrage ersticken. Das schlägt in elementare staatliche Institutionen ein wie Polizei und Militär. Polen darf sich das nicht erlauben. Mich beunruhigt auch, dass der Minister, statt die Krise zu bekämpfen, sie dafür instrumentalisiert, riskante Ideen zu forcieren. Verschiedene Interessengruppen – ich sage nicht, dass das immer Lobbys sind, – drängen auf einen schnellen Beitritt zur Eurozone.

Die Regierung sieht in der raschen Übernahme des Euro für uns eine Rettung.

Die Wahrheit in diesem Bereich ist ungleich komplizierter. Die These vom Euro als Antidotum gegen die Krise ist leider, und das sage ich mit Bedauern, eine reine PR-Maßnahme – die Bevölkerung soll eine einfache Ursache für die uns drohende Gefahr erkennen und einen leichten Weg da heraus. Bei dieser Gelegenheit soll sie noch erfahren, dass die Vorgänger an allem Schuld sind, was nicht den Fakten entspricht, denn gerade sie haben die finanzielle Situation in unserem Land bedeutend verbessert.

Die Regierung ist sich vermutlich dessen bewusst, dass es uns vielleicht nicht gelingen wird, den Euro im Jahr 2012 zu übernehmen, aber das Festhalten an diesem Datum zeigt den Investoren unsere Entschlossenheit. Wäre es nicht besser für Polen, wenn der Staatspräsident, der Ministerpräsident und der Präsident der Polnischen Nationalbank über den Euro mit einer Stimme sprächen?

Einer meiner Berater schlug vor, dass ich das »Patronat« für ein Kompromiss-Datum für den Beitritt zur Eurozone übernehmen soll. Ich habe den Vorschlag abgelehnt, weil ich das für schädlich halte.

Ministerpräsident Tusk kritisierte Ihre Berater dafür, dass sie unbekümmert mit Daten um sich werfen.

Ich werfe nicht damit um mich, aber ich werde die Menschen nicht betrügen, denn ich bin der Meinung, dass das Jahr 2012 eine reine PR-Maßnahme ist. Ich sage nicht grundsätzlich nein, aber 2012 ist nicht realistisch, 2013 auch nicht. Irgendwann müssen wir der Eurozone beitreten, denn dazu haben wir uns mit unserem Beitritt zur Europäischen Union verpflichtet. Ich sage das ohne Enthusiasmus, denn für mich ist unsere Währung ein sehr wesentliches Element unserer nationalen Selbständigkeit, auch ganz pragmatisch verstanden, denn sie ermöglicht die Anpassung an den polnischen Zyklus der Geldpolitik.

Diese Argumentation ist eher sentimental als auf rationale Voraussetzungen aufgebaut.

Ich sagte bereits, dass es eindeutig rationale Faktoren gibt, besonders in einer Krisensituation. Hier füge ich hinzu, dass ich davon überzeugt bin, dass den größten Einfluss auf die Europäische Zentralbank (bei allem Respekt ihr gegenüber) die stärksten europäischen Länder haben, zu denen wir nicht gehören.

Ist das so zu verstehen, dass als z. B. Deutschland die D-Mark gegen den Euro eintauschte, nicht seine Identität verlor, sondern sie sogar stärkte, aber Polen, wenn es den Euro übernimmt, sie verlieren wird?

Sie haben genau ins Schwarze getroffen. Die Europäische Union ist ganz bestimmt ein hervorragendes Experiment, einmalig in der Menschheitsgeschichte, aber sie setzt sich aus Nationen mit unterschiedlichen Erinnerungen, Neigungen und Interessen zusammen.

Jetzt werden wir teuer für diese Neigung zahlen. Wenn Recht und Gerechtigkeit [Prawo i Sprawiedliwość – PiS], als sie regierte, die Prozedur des Eurobeitritts initiiert hätte, wären wir heute sicherer – wie die Slowaken.

Das ist ein völliges Missverständnis. Erstens hat die letzte Regierung die öffentlichen Finanzen in einen Zustand gebracht, der es erlaubte, aus der sogenannten Prozedur des erhöhten Haushaltsrisikos auszuscheiden; dieser Austritt selbst erfolgte in der Regierungszeit der Bürgerplattform [Platforma Obywatelska – PO], und zwar genau am 12. Juni 2008. Zweitens: Im europäischen Wechselkursmechanismus [WKM II] unter den Bedingungen der Krise zu sein [...], könnte entweder zur Notwendigkeit führen, aus dem WKM II auszutreten oder den größeren Teil der Reserven zu verlieren.

Hätten wir den Euro, gäbe es keine Schwankungen im Zlotykurs, kein Problem von Währungsoptionen. Investoren würden uns wohlwollend betrachten. Die Slowakei ist von solchen Erschütterungen nicht gefährdet.

In der letzten Zeit fiel auf das Feuer, das unsere Wirtschaft die letzten Jahre über war, Regen und hat es gelöscht. Der Beitritt zum WKM II bedeutet eine sehr restriktive Geld- und Fiskalpolitik. Das käme weiteren Eimern Wasser gleich,

die das Feuer löschen. Die Inflation trifft den Durchschnittsbürger. Unter Krisenbedingungen fällt sie sogar und ist recht niedrig. Es trifft ihn auch die Arbeitslosigkeit, die in den letzten Monaten um 1,5 Punkte stieg. Eine gewisse Entwertung des Zloty war also notwendig, aber das, was in den vergangenen Monaten passierte, war bedrohlich, denn die Entwertung war übermäßig und in großem Maße durch Spekulationen verursacht.

In der Slowakei besteht das Risiko, das wir tragen, nicht.

Wir werden sehen, wie sich die Slowakei in diesem Jahr entwickeln wird, ob die Slowaken nicht mit einem sinkenden Lebensstandard konfrontiert werden. Man muss verfolgen, was die polnische Presse heutzutage breit ausführt, nämlich dass sich ein Teil der Nachfrage von der Slowakei auf Polen verlagert hat, denn bei uns machen die Slowaken den größten Teil ihrer Einkäufe. Das ist nun gerade eine gute Folge der Entwertung.

Wenn wir den Prozess des Eurobeitritts schon durchlaufen hätten und heute in ein und derselben Währungszone wären, würden sich die Investoren sicherer fühlen und sich nicht aus Polen zurückziehen.

Irgendwie ist es dazu gekommen, dass die Investitionen in den Jahren 2005 bis 2007 stark anstiegen und im letzten Jahr fielen, obwohl die jetzige Regierung viel proeuropäischer ist als die vorige. Ich glaube, darauf hatte z. B. die Beschränkung der Korruption großen Einfluss.

Der Bericht der Polnischen Nationalbank [Narodowy Bank Polski – NBP] des Präsidenten Skrzypek, der noch in der Regierungszeit der PiS nominiert wurde, sagt eindeutig, dass der Nutzen der Euroübernahme die Verluste überwiegt.

Das ist nicht der Bericht des Präsidenten Skrzypek, sondern einer Expertengruppe. Ich bin mir dessen bewusst, dass unter einem Teil der Wirtschaftsexperten, einem Teil der Unternehmer und in manchen Interessengruppen diese Art Meinung vorherrscht, aber das bedeutet nicht, dass ich sie auch teilen muss. Obgleich ich nicht sage, dass das System Euro keine Vorteile hat.

Allein das Signal, den Euro zu übernehmen, hat den Zloty aufgewertet.

Eher die Intervention der Regierung hat den Zloty aufgewertet.

Hat die Regierung richtig gehandelt?

Die Stärkung des Kurses war deutlich verspätet, aber richtig. Natürlich hat sie ihre Grenzen, abhängig von den staatlichen Reserven.

Ihr Berater Ryszard Bugaj hat bereits, bevor klar war, was das Ergebnis sein wird, gesagt, dass das sinnlos sei. Ministerpräsident Tusk hat das als Stoß in den Rücken bezeichnet.

Die Ankündigung des Ministerpräsidenten, dass es eine Intervention geben werde, wenn der Kurs fünf Zloty übersteigt, war ein sehr großer Fehler. Das macht man nicht, denn es provoziert die Spekulanten. Ich kenne die Aussage von Bugaj nicht, aber wenn das Vorgehen der Regierung Erfolg zeigte, dann hat diese Äußerung nicht geschadet. Trotzdem sollte man seine Worte abwägen. Meiner Meinung nach sollte die Regierungspolitik überhaupt mutiger sein. Ebenso die Politik der NBP.

Sollten die NBP auf dem Markt intervenieren?

Wenn es notwendig ist, ja.

[...]

Ministerpräsident Tusk hat folgendes Paket vorgestellt: Die Regierung wird die Hypothekendarlehen derjenigen zu finanzieren, die ihre Arbeit verloren haben, es gibt 3 Milliarden Zloty für die Hilfe für Arbeitslose, Geld für die Kinderspeisung in öffentlichen Einrichtungen und den notwendigen Eigenbeitrag bei Investitionen, die aus EU-Mitteln mitfinanziert werden.

Man kann von einem Fortschritt sprechen, allerdings ist die Kinderspeisung gerade eine Initiative der Vorgängerregierung. Die Frage der Zufinanzierung zu Hypothekendarlehen wird allerdings heute so, morgen anders dargestellt. Hier herrscht keine Klarheit. Für die Arbeitslosen sollte man wiederum in Übereinstimmung mit den Gesetzen mehr zahlen, zumal die Arbeitslosigkeit steigt.

Was fehlt in diesem Paket?

Es fehlt die Politik, alle Reserven auszuschöpfen, um eine Politik zu betreiben, die die Nachfrage fördert. Es geht darum, die Bank PKO BP einzusetzen, um eine Kreditaktion und eine mutigere Fiskalpolitik anzukurbeln.

Die PKO BP zwingen, Kredite zu vergeben?

Es ist eine staatlich kontrollierte Bank – das ist eine ausreichende Antwort. Die PKO BP könnte eine solche Lokomotive sein. Unter den Bedingungen der Konkurrenz wird sie andere Banken gewissermaßen zwingen, die Kreditaktion nicht übermäßig zu beschränken. Man muss die strukturellen Phänomene des Kapitalabflusses aus Polen stärker bekämpfen, die nicht zusammen mit der Krise auftraten, z. B. mit dem illegalen Kapitaltransfer oder Export, der im Wesentlichen allein auf dem Umpacken von Gütern beruht.

Haben Sie Beweise, dass eine solche illegale Flucht stattfindet?

Ja, das ist aus den Veröffentlichungen der NBP ersichtlich. [...]

Und was kann man heute tun?

Dies sollten entsprechende Institutionen beobachten. Der Bekämpfung der Korruption sollte eine angemessene Position zurückgegeben werden, die in den Jahren 2005 bis 2007 gesellschaftlich spürbar war.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <http://www.prezydent.pl/x.node?id=25543171> (abgerufen am 27.02.2009)

Presseerklärung des Finanzministeriums zum Treffen von Finanzminister Jacek Rostowski mit dem Chef der Präsidialkanzlei, Piotr Kownacki

25.02.2009

Im Finanzministerium fand heute, am 25. Februar 2009, ein Treffen des Finanzministers Jacek Rostowski mit dem Chef der Präsidialkanzlei, Piotr Kownacki, statt. Während des Treffens sprach Minister Rostowski Schlüsselthemen zum Schutz der polnischen Wirtschaft vor den Folgen der globalen Krise an.

Minister Rostowski lenkte besondere Aufmerksamkeit auf den politischen Konflikt um das strategische Ziel des Beitritts Polens zur Eurozone. Dieser Konflikt schwächt die Chancen des Zloty auf einen raschen Ausgleich der Ver-

luste gegenüber anderen Währungen, d.h. auch gegenüber dem Schweizer Franken, auf den Kredite von ca. einer Million polnischer Familien aufgestellt sind. Die höheren Raten, die von den polnischen Haushalten für Kredite in ausländischer Währung gezahlt werden, verringern die Kaufkraft bedeutend. Wenn vorsichtig gerechnet durchschnittlich ein Kreditnehmer, der ein Hypothekendarlehen in Franken besitzt, monatlich gegenwärtig ca. 300 Zloty mehr zahlt als vor einem halben Jahr, dann würde die Aufrechterhaltung des gegenwärtig schwachen Zlotykurses eine sinkende Konsumnachfrage von ungefähr 300 Millionen Zloty monatlich bedeuten, das heißt 3,6 Milliarden Zloty im Jahr. Die Frage eines raschen Beitritts Polens zur Eurozone erfordert auch in Hinblick darauf besondere Aufmerksamkeit, dass manche westlichen Kommentatoren die Hypothese aufstellen, dass ein schwacher Zloty das gesamte polnische Bankensystem ernsthaft schwächen kann.

Minister Rostowski unterstrich während des Treffens, dass die Konsequenz einer fehlenden politischen Zustimmung zur Verfassungsänderung – die die rechtlichen Hindernisse für den Beitritt Polens zur Eurozone aufheben würde – eine starke Entwertung des Zloty wäre. Gleichzeitig unterstrich Minister Rostowski, dass die Interventionen einer einzelnen Zentralbank entschieden weniger wirkungsvoll sind, als die Interventionen, die auf den Währungsbestand des Eurosystems gestützt vollzogen werden, zu denen Polen mittelbaren Zugang nach dem Beitritt zum Wechselkursmechanismus II (WKM II) hätte.

Ein weiteres Thema, das während des Treffens von Minister Rostowski angesprochen wurde, sind die aus verschiedenen Ländern eintreffenden Informationen darüber, dass die jeweiligen Regierungen von der vor noch nicht langer Zeit geplanten Politik abrücken, als Antwort auf die Krise ihr Haushaltsdefizit zu vergrößern. Über die Bedeutung einer gesunden Fiskalpolitik sprach vor kurzem die Europäische Kommission. Sogar die Vereinigten Staaten, die als erste entschieden hatten, den Steuerzahler zu belasten, um kranke Finanzunternehmen zu retten, kündigen die Rückkehr zur Politik des eingeschränkten Defizits und eingeschränkter öffentlicher Schulden an. Minister Rostowski unterstrich in diesem Zusammenhang, dass die Neuverschuldung von Polen bedeutend teurer ist als die amerikanische, deutsche oder französische Neuverschuldung, weshalb polnische Politiker umso vorsichtiger Ideen zur Erhöhung der öffentlichen Ausgaben auf Kosten der steigenden Verschuldung der polnischen Gesellschaft bei den Finanzunternehmen betrachten sollten.

Minister Jacek Rostowski bat darüber hinaus Minister Kownacki, Staatspräsident Lech Kaczyński Dank und Anerkennung dafür zu übermitteln, dass er über die Situation der polnischen Wirtschaft nicht als Krise, sondern als wirtschaftliche Verlangsamung spricht.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Finansów [Finanzministerium],

www.mf.gov.pl/dokument.php?const=1&dzial=153&id=163931&typ=news (abgerufen am 25.02.2009)

Chronik
Vom 17. Februar bis zum 02. März 2009

17.02.2009	In einem Interview mit der Tageszeitung »Dziennik« beurteilt der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten, Władysław Bartoszewski, das Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am Vortrag in Berlin über die Besetzung des Stiftungsrats für das »Sichtbare Zeichen« als positiv und bestätigt, dass die Verbesserung der polnisch-deutschen Beziehungen für die Bundeskanzlerin außerordentliche Bedeutung hat. Deutschland sei ein pluralistisches Land und Polen müsse darauf achten, dass der deutschen öffentlichen Meinung bewusst sei, dass Polen Konsequenzen für die diesjährigen Gedenkveranstaltungen beider Länder zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ziehe, wenn eine bestimmte Grenze überschritten werde. Dazu würde auch die Kandidatur Erika Steinbachs für den Stiftungsrat gehören.
17.02.2009	Ministerpräsident Donald Tusk erklärt, sollte der Wechselkurs auf 5 Zloty für 1 Euro steigen, sei die Regierung bereit, einen Teil der Euro aus den Fonds der Europäischen Union zu verkaufen.
18.02.2009	Auf einer Fraktionssitzung der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) macht Ministerpräsident Donald Tusk deutlich, dass sich die Lage aufgrund der Wirtschaftskrise in den nächsten Monaten nur verschlechtern könne, und rief dazu auf, vorsichtig bei öffentlichen Äußerungen zu sein und Wortgefechte mit der Opposition zu vermeiden. Die Regierung werde alles ihr Mögliche bei der Bekämpfung der Krise tun, aber nicht wie in den Vereinigten Staaten öffentliche Gelder in die Wirtschaft pumpen. Der Fraktionsvorsitzende der PO, Zbigniew Chlebowski, weist darauf hin, dass dem Sejm vier Gesetzesvorhaben zur Bewältigung der Krise im Bankwesen und in den Unternehmen zur Entscheidung vorliegen.
19.02.2009	Ministerpräsident Donald Tusk stellt im Sejm das Regierungsprogramm zur Krisenbekämpfung vor. Vorgesehen ist, Mittel aus dem EU-Programm »Humankapital« zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu verwenden, produktionsbedingten Zwangsurlaub aus öffentlichen Mitteln mitzufinanzieren, die Hilfe bei der Rückzahlung von Krediten für Arbeitslose und die Beschleunigung von Investitionen, die von der EU mitfinanziert werden. Darüber hinaus bekräftigt Tusk die Haltung der Regierung, keine weiteren Schulden zur Überwindung der Wirtschaftskrise aufzunehmen, und ruft die Opposition auf, die Einführung des Euro zu unterstützen. Als Datum nennt er den 1. Januar 2013, statt wie bisher 2012.
20.02.2009	Während des Treffens der Verteidigungsminister der NATO in Krakau versichert der stellvertretende Verteidigungsminister Stanisław Komorowski nach Gesprächen mit der amerikanischen Seite, es habe sich nichts an den Plänen geändert, in diesem Jahr unabhängig vom geplanten amerikanischen Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien amerikanische Patriot-Raketen in Polen zu stationieren. Der US-amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates bestreitet in einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« die Notwendigkeit, das geplante Raketenabwehrsystem zu errichten, wenn die atomare Bedrohung durch den Iran nicht weiterbestehen würde.
22.02.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński betont bei einem Treffen mit dem slowakischen Staatspräsidenten Ivan Gašparovič, dass die Slowakei und Polen ein großes Interesse daran hätten, dass die Solidarität in der Europäischen Union auf Gleichheit beruht. Ansonsten könne eine so wichtige Idee wie die Europäische Union ihrem Ende zugehen, auch wenn es sich um ein hervorragendes Experiment handle. Darüber hinaus sei es wichtig, dass sich die Region vor wichtigen EU-Treffen abstimme und einen gemeinsamen Standpunkt vertrete.
23.02.2009	Der stellvertretende Finanzminister und Regierungsbeauftragte für die Einführung des Euro in Polen, Ludwik Kotecki, dementiert Informationen der Tageszeitung »Dziennik«, dass die Regierung bereits Verhandlungen über die Aufnahme Polens in den europäischen Wechselkursmechanismus II (WKM II) begonnen habe, ohne den Staatspräsidenten und den Vorsitzenden der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) einzubeziehen. Kotecki betont, Diskussionen über die Euro-Einführung müssten von den eigentlichen Verhandlungen unterschieden werden. Die Verhandlungen zum WKM II sollen Ende Februar/Anfang März begonnen werden.
24.02.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński nimmt in einer Rede an der Wirtschaftsuniversität in Breslau zur Krisenpolitik der Regierung Stellung. Ein grundsätzlicher Fehler sei, dass die Regierung das Haushaltsdefizit nicht erhöhe, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die von der Regierung verfolgte Einführung des Euro und der damit verbundene stabile Wechselkurs im Rahmen des Wechselkursmechanismus II (WKM II) werde eine aktive Wirtschaftspolitik verhindern. Die Regierung wolle der Bevölkerung suggerieren, dass die Einführung des Euro eine Milderung der Wirtschaftskrise nach sich ziehe, was aber bei Experten umstritten sei. Darüber hinaus spricht sich Kaczyński für das Vorhaben der Regierung aus, das Arbeitsrecht an die Wirtschaftskrise anzupassen und Arbeitszeiten oder Urlaub auf die Auftragslage abzustimmen, sowie für das Regierungsprojekt, Arbeitslose bei der Rückzahlung von Hypotheken staatlich zu unterstützen.

24.02.2009	Ministerpräsident Donald Tusk bekräftigt, dass Polen bei seinem Standpunkt bleiben werde, dass die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und CDU-Politikerin Erika Steinbach im Stiftungsrat des »Sichtbaren Zeichens« nicht akzeptiert werden könne. Vorher hatte Außenminister Radosław Sikorski zu bedenken gegeben, ob diejenigen, die über Generationen in den ehemals deutschen Gebieten gelebt hatten, mit Frau Steinbach identifiziert werden wollen, die keine Vertriebene sei, sondern mit Hitler gekommen sei auch wieder gehen musste, da ihr Vater in Westpreußen stationiert gewesen sei. Sikorski appelliert an Frau Steinbach, sich ein Beispiel an Bundespräsident Horst Köhler zu nehmen, der sich nicht als Vertriebener bezeichne, obwohl auch er im besetzten Polen geboren worden sei.
25.02.2009	Auf dem von Staatspräsident Lech Kaczyński initiierten Wirtschaftsgipfel mit Vertretern der Politik, der Privatwirtschaft und der Gewerkschaften signalisiert Ministerpräsident Donald Tusk Gesprächsbereitschaft über das Datum der Euro-Einführung in Polen und zeigt sich zufrieden, dass alle Beteiligten die Einführung des Euro zu akzeptieren begännen. Kaczyński regt einen Euro-Gipfel mit Vertretern des Finanzsektors der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Regierung und der Präsidialkanzlei an. Zwar würden die Meinungen in manchen Punkten divergieren, doch sei ihm und Tusk an einer Verständigung gelegen.
26.02.2009	Aus einer für die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« durchgeführten Umfrage geht hervor, dass 47 % der Befragten für eine möglichst schnelle Einführung des Euro sind. 46 % sind dagegen, 7 % unentschieden.
28.02.2009	Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, wirft der Regierung vor, kein Konzept für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu haben und auf einer liberalen Orthodoxie zu beharren. Die fehlende Aktivität der Regierung könne zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit bis zu 16,5 % und damit zur sozialen Katastrophe führen.
01.03.2009	Nach einem Treffen mit Ministerpräsident Donald Tusk kündigt der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Philippe Maystadt, an, die EIB werde Polen dieses Jahr 3,5–4 Mrd. Euro für Infrastrukturprojekte leihen.
01.03.2009	Nach einem auf Initiative von Ministerpräsident Donald Tusk zustande gekommenen Treffen mit den Staatsoberhäuptern der EU-Mitgliedsländer Ostmittel- und Südosteuropas und dem Vorsitzenden der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, während des EU-Gipfels in Brüssel appelliert Tusk an die EU, die Union müsse auch in Krisenzeiten der Versuchung des Protektionismus und Egoismus widerstehen. An erster Stelle sollte die gesamteuropäische Solidarität stehen. Die Hilfe für die ostmittel- und südosteuropäischen Mitgliedsländer müsse an die Situation des jeweiligen Staates angepasst werden. Tusk wendet sich damit gegen pauschale Bewertungen u. a. in den Medien, dass die Situation in Ostmittel- und Südosteuropa einheitlich katastrophal sei.
02.03.2009	In einem Interview für die Tageszeitung »Dziennik« sagt Finanzminister Jacek Rostowski, Ziel der Regierung sei es, dass Polen in der zweiten Jahreshälfte dem europäischen Wechselkursmechanismus II (WKM II) beitrifft.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für seine Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen